

Ilse Lange
Imhorst 2
27339 Riede-Felde

18.2.2018

An die Präsidentin des Niedersächsischen Landtags
Frau G. Andretta
und Frau Kahlert-Kirstein von der Landtagsverwaltung

- per Mail -

Sehr geehrte Frau Andretta,
sehr geehrte Frau Kahlert-Kirstein,
ich bin Petentin der Eingabe 365 vom August 2013.
Zum Ablauf:

1. Diese Petition wurde am 25. Juni 2014 vom niedersächsischen Landtag der Landesregierung "zur Erwägung" überwiesen. Es hieß, die Landesregierung hätte jetzt 6 Monate Zeit, um sich der Schulwegsicherheit an den Landesstraßen anzunehmen. Diese sechs Monate waren Weihnachten 2014 um und seit dem sind mehr als weitere 3 Jahren vergangen.....
2. Im August 2017 stimmte der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr - einstimmig! - für "Berücksichtigung" für die Eingabe, so dass die Chance bestand, die Eingabe nun im Interesses der Schulkinder erfolgreich abzuschließen.
3. Aber: Frau Twesten (Grüne) wechselte die Fraktion, es ergaben sich neue Mehrheiten und so wurde die Eingabe „auf Eis gelegt“.
4. Nach der Landtagswahl im Oktober 2017 wurde eine GroKo von SPD und CDU gebildet, ein Koalitionsvertrag geschlossen und etliche Abgeordnete gehören nicht mehr dem Parlament an, neue Abgeordnete sind eingezogen.
5. Am 17. Jan. 2018 tagte der Haushaltsausschuss (im nichtöffentlichen Teil) zu unserer Eingabe. Ergebnis: Der Ausschuss schloss sich **nicht** dem -einstimmigen- Votum für "Berücksichtigung" des federführende Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (aus dem August 2017) an. - (Das ist wohl sehr ungewöhnlich. - Und für uns BürgerInnen, die wir uns Sorgen um die Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg machen, sehr enttäuschend.)
6. Nach der Geschäftsordnung ging die Eingabe damit zurück an den Wirtschaftsausschuss, der in seiner Sitzung am 9. Februar 2018 die Petition im nichtöffentlichen Teil behandelte.

7a) Von Frau Kahlert-Kirstein aus der Landtagsverwaltung habe ich nach der Sitzung in einem Telefonat erfahren, dass die Eingabe wohl im Landtagsplenum Ende Februar „abschließend“ behandelt wird.

7b) Dem Bericht von Herrn Mlodoch im Weser-Kurier vom Sa, 10.2.18 (sh. Anhang) habe ich entnommen, dass das Votum im Wirtschaftsausschuss am 9.2.18 (wieder) „zur Erwägung“ lautet (und nicht – wie von den Eltern, den Kindern und unserer BI erhofft - „Berücksichtigung“).

Frau Andretta, auf der Landtagswebsite findet sich diese „Arbeitsbeschreibung“: „Die besondere Stellung der Präsidentin oder des Präsidenten gebietet es, die Sitzungen des Plenums gerecht und unparteiisch zu leiten und dabei zugleich die Einhaltung der Geschäftsordnung und die Ordnung im Hause zu wahren.“ Und deshalb und weil ich meine Petition vom 10.8.2013 ¹ und die

¹ In dieser Petition heißt es: „...Auf der Homepage des Niedersächsischen Landtags heißt es zum Thema „Wer ist petitionsberechtigt?“: „Da auch die gewissenhafteste Behörde nicht unfehlbar ist, das beste Gesetz Mängel aufweisen kann und selbst die umfangreichste Verordnung einen bestimmten Sonderfall vielleicht nicht berücksichtigt, ist das Petitionsrecht ein äußerst wichtiges Kontrollinstrument.“ Wir bitten im Rahmen dieser Petition auch die Positionierung des Lückenschlusses Felde-Okel (L 333) in

Anschlusspetition vom 19.8.2015² an den Landtragspräsidenten gerichtet habe, wende ich mich mit meinen Fragen an Sie und auch an Frau Kahlert-Kirstein.

Meine Fragen:

1. Ist es richtig, dass die Eingabe 365 vom 18.8.2013 mit der Anschlusspetition vom 19.8.2015 bis jetzt **nicht** „abschließend“ behandelt wurde?
2. Die Petition wurde in der Landtagssitzung vom **25. Juni 2014 der Landesregierung „zur Erwägung“** überwiesen. Aber ich habe den Eindruck, dass nach Sach- und Rechtslage verfahren wurde, denn es passierte ja nichts. (Keine Eingangsbestätigung des Ministeriums auf mein Schreiben vom 19.8.14, keine Stellungnahme nach 6 Monaten, kein Handeln der Landesbehörden.) - Ist das der „übliche Ablauf“ bei einer Eingabe?
3. Haben bei den Beratungen im Haushaltsausschuss im Sept. 2017 u. am 17. Jan. 2018 und im Wirtschaftsausschuss am 9.2.18 **beide Petitionen** den Abgeordneten vorgelegen?³
4. Kann die **gleiche Eingabe 2 x im niedersächsischen Landtag** behandelt werden? Wenn ja, mit dem gleichen Ergebnis? Wenn ja, auch mit einem schlechteren Ergebnis?
5. Und wie geht es weiter? Angenommen, die Eingabe 365 wird im Februarplenum des Landtags der Landesregierung „zur Erwägung“ überwiesen. - **Ist es dann denkbar/möglich, dass die Landesregierung dann wieder mehr als 3 Jahre nichts für die gefährdeten Kinder hier im Dorf Riede-Felde tut? -**

In der Hoffnung, dass Sie mir trotz Ihrer vielen Arbeit Antworten zukommen lassen, verbleibe ich mit guten Grüßen,

Ilse Lange für die BI Schulwegsicherheit Riede

PS: Bericht des Weser-Kurier (P.Mlodoch) „Mehr Sicherheit für Schüler an der L 331“ vom 10.2.2018:

WESER-KURIER
- 10.02.2018

der Prioritätenliste des niedersächsischen Radwegebedarfsplans zu prüfen. ...“

- 2 In der Anschlusspetition werden die Fehler bei der Erstellung der damaligen Prioritätenliste benannt, der Brief, den ich zur Stellungnahme des Ministeriums am 19.8.2014 (per Einschreiben!) ans Ministerium richtete und auf welchen ich weder eine Eingangsbestätigung noch eine Antwort erhielt, ist Bestandteil der Eingabe.
- 3 Ich kann mir nicht erklären, wie die „Haushälter der Union“ (vorausgesetzt der Aussagen im Bericht von Herrn Mlodoch sind richtig) auf die Idee kommen können, ich wollte die Richtigkeit der Prioritätenlisten für den Radwegebau an Landesstraßen im Ganzen anzweifeln. Es geht um Fehler, die nachgewiesen wurden, bei der Bewertung des Lückenschlusses an der L 333 Riede-Felde – Syke-Okel hier im Landkreis Verden und in Zusammenarbeit mit dem Ministerium.

Mehr Sicherheit für Schüler an der L 331

Felder Bürgerinitiative hat vor fast fünf Jahren eine Petition eingereicht – Entscheidung lässt auf sich warten

Hannover. Am Ende steht immerhin die zweitbeste von sechs denkbaren Empfehlungen. Fast fünf Jahre ist es mittlerweile her, dass die Bürgerinitiative für mehr Schulwegsicherheit auf der Landstraße L 331 in Riedefeld (Kreis Verden) eine Petition an den Niedersächsischen Landtag gerichtet hat. Am Freitag endlich hat der zuständige Verkehrsausschuss nach heftigem Streit in nichtöffentlicher Sitzung den Weg frei gemacht, das sich das Parlament mit der Petition gefasst. Die Eingabe soll danach der Landesregierung zur „Erwägung“ überwiesen werden. Das ist zwar nicht die höchste Stufe „Berücksichtigung“, aber eben auch nicht das Aus für die Petition.

Ob und wann die von der Initiative gewünschten Überquerungshilfen für die Jungen und Mädchen auf ihrem Weg zum Schulbus tatsächlich kommen, bleibt dennoch offen. „Die Gefahr für unsere Kinder wird immer größer“, drängt Petentin Ilse Lange mit Blick auf den wachsenden Lastwagenverkehr zum schnellen Handeln. Zur Forderung der Bürgerinitiative gehört auch ein 350 Meter langer Radweg entlang der extrem schmalen L 333, wo die Schüler bisher nur über den Straßenrand ihre Bushaltestelle erreichen können.

Hickhack zwischen den Lagern

„Es ist unerträglich, dass die Leute weiter hingehalten werden“, kritisierte der Grünen-Abgeordnete Detlev Schulz-Hendel. Laut Geschäftsordnung müsste eigentlich der Landtag binnen sechs Monaten über eine Eingabe befinden. „Die Maßnahmen hätte man doch schon längst alle haben können“, meinte FDP-Fraktionsvize Jörg Bode. Hierzu seien keine großen Summen erforderlich. Beide stimmten im Ausschuss gegen die Große Koalition, wollten mehr: den Status „Berücksichtigung“.

So weit war die Petition eigentlich schon längst. Einstimmig hatten sich die Verkehrspolitiker des rot-grünen Regierungslagers und der schwarz-gelben

WEITERLESEN